

Anträge

(zur Tagesordnung / Tischvorlagen)

und Bemerkungen zum

Gewerkschaftskongress der GEW

in Nürnberg 25. - 29. April



Protest auf dem GEW Gewerkschaftstag 2005

Vorbemerkung

Die nachfolgenden drei Anträge (zur Tagesordnung, zum Leit-Antrag des Hauptvorstandes und zu einem Antrag des LV Hessen) sind Vorschläge an Delegierte des GEW-Kongresses.

Auch wenn der gesamte Geschäftsbericht und alle Anträge durchgesehen wurden, macht es wenig Sinn, auf alle Kritikpunkte einzugehen. Die Dynamik solcher Kongresse verbietet dies.

Auf einem Vorbereitungstreff am 19.3.2009 in Frankfurt am Main wurde diskutiert, sich auf drei, vier Punkte zu konzentrieren, die leicht verständlich und schon hinreichend vordiskutiert sind.

1. Keine Wahlkampfpreferate der „Spitzenkandidaten“ der Parteien ohne Möglichkeit zur Gegenrede, Nachfrage und Kritik! Das ist eine demokratisch-gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit!
2. Keine Vertuschung gewichtiger innergewerkschaftlicher Debatten (Deutschlandlied, Ro 19, Geschichtsrevisionismus)
3. Ein klares NEIN zu Hatz IV als Basis gewerkschaftlichen Selbstverständnis

Da manche Delegierte dies und das möglicherweise nicht präsent haben, wurden im **ANHANG** Schlüsseldokumente in Auszügen zusammengestellt, die im Ganzen ja auch vor dem Kongress noch eingesehen werden können.

Homepage: www.labournet.de

<http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/deutschlandlied.html>

<http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/nagel.pdf>

http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/auferstanden_ortmeyer.pdf

<http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/gewhh.html>

http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/ob_vorwort2.html

http://www.labournet.eu/diskussion/geschichte/ob_lang.pdf

<http://www.asta.uni-frankfurt.de/aktuell/themen/kultur/2304363.html>

<http://www.labournet.de/krieg/nahost/grenze.pdf>

http://www.labournet.de/krieg/nahost/grenze_gew.pdf

* * *

Mit einem gewissen Abstand zu diesen Hauptpunkten sollen auch Diskussionsergebnisse des Vorbereitungstreffs in protokollartiger Form zur Verfügung gestellt werden. So sollen Anregungen zur Kritik, aber auch Hervorhebungen einzelne Anträge aus dem umfangreichen über 600 Seiten veröffentlichten Materialien erleichtern.

Benjamin Ortmeier, 30. März 2009



1. Keine Wahlkampfreferate der „Spitzenkandidaten“ der Parteien ohne Möglichkeit zur Gegenrede, Nachfrage und Kritik! Das ist eine demokratisch-gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit!

ANTRAG zur Tagesordnung (TOP 5)
(Tischvorlage)

Die Einladung der Spitzenkandidaten der Bundestagswahlen, die angekündigten Reden/Referate von Steinmeier, Lafontaine und Künast u.a. erfordern in der demokratischen Tradition der Gewerkschaftsbewegung Diskussion, Kritik und Nachfragen. Die freie Debatte nach jeder Rede der SpitzenkandidatInnen umfasst insgesamt zeitlich mindestens den Umfang der Zeit, die die SpitzenkandidatInnen zur Verfügung hatten. Die Redezeit in dieser Debatte wird auf 2 Minuten pro Redner/Rednerin beschränkt.

Begründung

Es liegt auf der Hand, dass ein Gewerkschaftstag nicht als bloße Zuhörerschaft für Wahlkampfreden missbraucht werden darf. Das Auftreten von Politikern, die maßgeblich für Hartz IV, Kriegseinsätze der Bundeswehr, Verschlechterung der Bildungssituation, usw. verantwortlich sind, erfordert eine in der Öffentlichkeit klar wahrnehmbare Antwort, Kritik und Nachfragen aus den Reihen der GEW.

2. Keine Vertuschung gewichtiger innergewerkschaftlicher Debatten (Deutschlandlied, Ro 19, Geschichtsrevisionismus)

A
Antrag zum Geschäftsbericht
(Tischvorlage)

Der Gewerkschaftstag kritisiert, dass im Geschäftsbericht kein Wort über die von der GEW initiierte bundesweite Debatte zum Thema „Deutschlandlied“, die zudem sieben Landtage in der BRD beschäftigte (Siehe eine umfangreiche Dokumentation der GEW LASS HESSEN), verloren wurde. Der von Marianne Demmer eingeleitet und von Ulrich Thöne dann vollzogene Rückzug angesichts der Wirkung der Broschüre „Argumente gegen das Deutschlandlied“ mit Vorwort des GEW-Vorsitzenden während der Fussball-WM 2006, angesichts der Anti-GEW-Kampagne von BILD, DFB und deutsch-nationalen Politik-Kräften ist medienpolitisch – wie E&W dokumentierte – eine weitreichende Entscheidung in der GEW gewesen.

Begründung: Mündlich

B

ABÄNDERUNGS-ANTRAG zum Antrag des Hauptvorstandes „Gute Bildung für alle ist möglich“ (Tischvorlage)

Zusatz nach Zeile 255

„Die GEW als Bildungsgewerkschaft kann nicht die Augen davor verschließen, dass zunehmend – auch in den eigenen Reihen – der fundamentale Unterschied zwischen Bildung und Ausbildung verwischt wird.

Die GEW als Bildungsgewerkschaft setzt sich für „Bildung für alle“ ein - im Sinne, einer emanzipatorischen, humanistischen und internationalen Bildung als einer der wesentlichen Voraussetzung für internationale Solidarität und für die Fähigkeit, gerecht, mutig, klug und angemessen klar und deutlich Nein gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu sagen.

Daher ist es ein tiefgehendes Anliegen der GEW, der Systematik der Verblöckungskampagne der BILD-Zeitung wissenschaftlich fundiert und öffentlichkeitswirksam auch systematisch mit seiner Bundeszeitung E&W entgegenzutreten.

„Bildung für alle“ beinhaltet in diesem Sinne auch, militaristischen Kampagnen an Schulen und Hochschulen mit der Ideologie von „Führung und Gehorsam“ entgegenzutreten und der Position „Bildung statt Bundeswehr“ Raum in den eigenen Publikationen zu geben.

„Bildung für alle“ bedeutet gerade auch in Deutschland, - dem Land, vom dem der einmalige industriell betriebene Völkermord, staatlich organisiert und durchgeführt an der jüdischen Bevölkerung Europas und den Sinti / Roma Europas ausging – Geschichtsvergessenheit, Geschichtsrevisionismus und deutscher Herrenmensch-Mentalität, dem Antisemitismus, dem Antiziganismus wie dem deutschen Nationalismus und Rassismus überhaupt, aktiv entgegenzutreten.

Daher ist die öffentliche Debatte über deutschen Nationalismus, wie er anhand des furchtbaren Lobliedes auf die deutsche Nation, dem „Deutschlandlied“ geführt wurde, entsprechend der Forderung „Das Deutschlandlied gehört ins Museum“ (19. August 1991, Erklärung des Hauptvorstandes der GEW) und dem Beschluss der Gewerkschaftstage der GEW 1989 in Osnabrück, nicht einzudämmen, sondern seitens der GEW auszudehnen.

Bildung und Geschichtsbewusstsein kann nicht vor der eigenen Haustür halt machen. Die Geschichte der GEW hat eine Vorgeschichte im NSLB, die bis heute Wirkung zeigt. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der GEW als Bildungsgewerkschaft, die Debatte in der GEW Hamburg über die Weiterverwendung des 1935 arisierten Hauses Ro 19, das in den Besitz der GEW gelangte, nicht

als lokales Hamburger Problem, sondern als Herausforderung der GEW überhaupt zu verstehen und deutlich die Forderung nach Umwandlung dieses Hauses in ein Jüdisches Museum in Hamburg zu unterstützen statt zu akzeptieren, und dazu zu schweigen, dass es als Geldbeschaffung für die GEW Hamburg mit geschichtsrevisonistischer Begleitmusik genutzt wird.“

Begründung:

Mündlich

Siehe auch WWW

[www.labournet.de /](http://www.labournet.de/)

<http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/deutschlandlied.html>

<http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/nagel.pdf>

http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/auferstanden_ortmeyer.pdf

<http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/gewhh.html>

http://www.labournet.de/diskussion/geschichte/ob_vorwort2.html

http://www.labournet.eu/diskussion/geschichte/ob_lang.pdf

<http://www.asta.uni-frankfurt.de/aktuell/themen/kultur/2304363.html>

<http://www.labournet.de/krieg/nahost/grenze.pdf>

http://www.labournet.de/krieg/nahost/grenze_gew.pdf

3. „Hartz IV muss weg“ statt „ grundlegende Revision“

ABÄNDERUNGS-ANTRAG zum Antrag des LV Hessen „Fördern statt Kürzen“, (Tischvorlage)

Statt: Forderung „nach einer grundlegenden **Revision** der Hartz-Gesetze“ (S.39, Z. 6-7):

**„Die GEW vertritt ein klares Nein, kein ‚Ja, aber...‘. Daher gilt:
Hartz IV muss weg!“**

Begründung

Kern ist: Man will an „Weg mit Hartz IV“ nicht ran.

Das wird deutlich im domestizierten Antrag des LV Hessen „Fördern statt Kürzen“, der mit Fakten überzeugend auf die Folgen von Hartz IV für Kinder und Jugendliche hinweist und die absurden Altersunterscheidungen zu Recht aufs Korn nimmt, dann aber gegenüber 2005 einknickt, indem er lediglich zitierend und ohne jede Kritik auf den Gewerkschaftstag 2005 mit seiner Forderung

„nach einer grundlegenden **Revision** der Hartz-Gesetze“ (S.39, Z. 6-7) Bezug nimmt.



Gewerkschaftstag 2005: Massiver Protest bei der „Begrüßungsrede“ der Ministerin Renate Schmidt (SPD)

Auch der gut mit Fakten untermauerte Antrag des Bundesfrauenausschusses „Kindergrundsicherung“ verweist zwar auf den Kontext der Hartz IV Gesetze (S.33, Z. 37), sieht aber deren zentralen Stellenwert der Forderung „Hartz IV muss weg“ für diese Frage nicht. Der (berechtigte) Verweis auf niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit (S.37, Z. 236 ff) und Phrasen wie „gute Arbeit ist auch familienfreundlich“ (S. 38, Z.277 ff) können bei wirklicher Analyse der aktuellen Gründe für den **staatlich organisierten** Anstieg von Kinderarmut in der BRD gegenüber dem Hauptgrund Hartz IV nur als zweitrangig bezeichnet werden.

In drei weiteren Anträgen (Kindergrundsicherung, Fördern statt Kürzen, Schulmaterialien S. 39 - 45) geht es, wenn man genau hinschaut, um Folgen von **HARTZ IV**, also um die **zentralstaatliche** von der SPD/GRÜNEN durchgesetzte brutalste sozialpolitische „Steuerung“. Unter anderem Delegierte der GEW Hessen hatten auf dem letzten Gewerkschaftstag 2005 gegen die schleimig-immanente Formulierung „grundlegende **Revision** der Hartz Gesetze“

heftig und klar argumentiert und „Harz IV muss weg“ gefordert – unterlagen jedoch in der Abstimmung.

Wie so oft ist auch hier das entscheidende das, was ausdrücklich NICHT geschrieben, gesagt oder gefordert wird. Die Forderung gewerkschaftlichen Handelns „Weg mit Hartz IV“ findet sich eben – und das ist kein Zufall – nicht.



Eine große Anzahl der Delegierten des GEW Gewerkschaftstages protestierten 2005 auch auf ihren Plätzen gegen das staatliche Hartz IV.

Polemische Stichpunkte zum Studium der Anträge an den Gewerkschaftskongress der GEW (Nürnberg 25. - 29. April)

I. Zum Antrag Hauptvorstand: „Gute Bildung für alle ist möglich“

„soziale Konsistenz der Gesellschaft“ erhöhen???

1.

Grundproblem sind falsche Alternativen: **„betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumenten in öffentlichen Bildungseinrichtungen“** (S. 12) werden (zu recht) kritisiert, dagegen strahlen im Lichte dann **„staatliche Steuerungselemente“**. Das Verhältnis von Kapital und Staat, Ökonomie und Politik wird falsch als Gegensatz dargestellt, als ob auf DIESER Ebene die zentrale Frage der demokratischen Elemente und emanzipatorischen Inhalte von Bildung erfasst werden könnten

GEW Politik wird auf die falsche Grundformel gebracht: Gegen Ökonomie, für Politik, obwohl die Kernfrage ist für **WELCHE Politik**. (Siehe das **„staatliche Steuerungselement“** Hartz IV)

2.

Während einerseits proklamiert wird, dass „Bildung keine Ware“ sei (S. 13, Z. 78-79), (besser : sein dürfte“ !!), bleibt die Phrase: **„Bildungsinvestitionen“ (!!)** [gemeint ist Geld für die Rahmenbedingungen] ... **zahlen sich aus“** (S. 14, Z. 120 - 124). Zahlen sich aus? Die GEW Hessen hat schon vor Jahren den ökonomistischen Slogan „Bildung ist Zukunftsinvestition“ verworfen. Denn da ist ein gewerkschaftliches Ziel schon nicht mehr zu erkennen.

Als zentraler Satz wird ganz im Sinne der offiziellen Staatsräson formuliert:

„Bildung ist individuelles Vermögen, das gesellschaftlich positiv wirkt und damit die soziale Konsistenz der Gesellschaft erhöht.“
(S. 14 / Z. 125 -128)

Oh je! Der modern klingende Begriff der „in sich ruhenden“, einheitlichen, festen **„Konsistenz der Gesellschaft“** hat nun wahrlich mit gewerkschaftlichen Grunderkenntnis über die Notwendigkeit der Veränderung der Gesellschaft durch Aufbrechen der vertuschten Gegensätze nichts mehr zu tun.

Es ist jenes phrasenhafte Harmonie-Denken, was jeden gewerkschaftlichen Kampf durch falsche Ziele der **„Konsistenz der Gesellschaft“** erstickt.

3.

Da ist es nur eine in sich logische Folge, dass – wie seit Jahrzehnten die Theorie des „kleineren Übels“ konkretisiert wird: Die SPD will 43 Milliarden „für Bildung“ investieren, die CDU will nur 12- 13 Milliarden - da liegt es ja wohl auf der Hand, so die faule Logik, was demnächst zu wählen ist. (S. 15-16, Z. 206-221). Das sind Formen indirekter Wahlkampfhilfe für die SPD in schlichten Feststellungen verkleidet.

II. Zum Antrag Hauptvorstand: „Neutralen Verteilungsspielraum ausschöpfen“

1.

Der Antrag des **Hauptvorstandes** (S. 75) mit dem obskuren Titel **„Neutralen (??) Verteilungsspielraum (???) ausschöpfen“**

fen“ bemüht sich im ersten Satz um den Anschein einer Analyse der Krise.

„Die Finanzkrise hat das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, die Immobilienblase in den USA ist

geplatzt und hat das weltweite System undurchsichtiger Geschäfte zusammenbrechen lassen.“
(S. 5, Z. 3-7)

Statt sich der gewerkschaftlichen Aufgabe zu stellen, solchen journalistischen Oberflächlichkeiten entgegenzutreten, werden sie selber vertrete. In Kürze für die Diskussion:

a) Hinter jeder „Finanzkrise“ steckt als Ursache das Grundproblem der Profitwirtschaft, Überproduktionskrisen zu erzeugen.

b) die USA als Ort geplatzter Blase ist eine Verkürzung eines internationalen, gerade auch „deutschen“ Problems.

c) „zusammenbrechen lassen“ – das ignoriert das Element der Beseitigung von Konkurrenten durch die Krise und die STÄRKUNG der Gewinner dieser Teil-Zusammenbrüche.

2.

Wunderbar für die sogenannte „Konsistenz der Gesellschaft“ ist auch die „Faustformel“ als Erklärung für den **„neutralen Verteilungsspielraum“**:

„Neutral bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Verteilungsquote der Gewinne zwischen Beschäftigten und Unternehmern konstant bleiben.“(S. 75, Z. 42-25)

Na, das ist doch ein Angebot! Aber was hat das mit Forderungen gewerkschaftlichen Handelns zu tun? Ist das Motto also: Wie bisher – die Proportion muss bleiben: Ihr den Kuchen, wir die Krümel? Und das bitte, dieser „Spielraum“ (!!) soll „konstant“ bleiben! Toll.

III. Zum Antrag Hauptvorstand: „Wissenschaft demokratisieren ...“

“Die GEW unterstützt die Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses, wenn.....“

1.

Es existiert ein sehr ausführlichen Antrag des Hauptvorstandes **„Wissenschaft demokratisieren ...“** mit 35 Seiten. (S.266 - 291), in der gleich der erste Satz irritiert: **„Im gegenwärtigen Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft ...“**(S. 266, Z. 8-9) – man ahnt, was vielleicht hinter dieser wohlfeilen Journalistenphrase stecken könnte – aber weder ökonomisch noch soziologisch lässt sich dies halten. Dies en passant. Der Kern des Antrags ist ein anderer, nämlich das „Ja, aber .. zum Bologna-Prozess“.

Die Denkweise, nicht klar NEIN sagen zu können, wird in Formulierungen wie folgenden deutlich:

“Die GEW unterstützt die Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses, wenn....“ (S. 284, Z. 997- 98)

Denkbare wäre da auch noch:

Die GEW unterstützt Hartz IV, WENN und dann kommen tolle Dinger, z.B., dass jeder Arbeitslose eine Millionen Euro bekommt.

Die GEW unterstützt die Bundeswehreinsetze im Ausland, wenn sie nur Bonbons verteilen.

Das wird als geschickte „Taktik“ verkauft, ist aber plumpe Rhetorik, um Kritikern, die ein klares NEIN fordern in Schach zu halten. Aber es bleibt dabei: Wo es ein klares Nein geben muss, das ist das „ja, aber..“ unangebracht.

2.

Der ANTRAG DER BFGA Hochschule und Forschung (S. 292 - 298) scheint nicht wirklich abgestimmt mit dem des Hauptvorstandes; Wiederholungen häufen sich, aber so oder so wird, was immer das auch ist, wird ein „Hochschulpakt II“ (!!!) gefordert (S. 292, Z. 12-13).

Aber gut zu merken ist die Formulierung:

„Der Bologna-Prozess eröffnet mit diesen Zielen Chancen für die Weiterentwicklung von Lehre und Studium. Die Art und Weise der UMSETZUNG (Herv. von uns) lässt zur Zeit allerdings befürchten, dass“ (S. 310, Z. 16-19)

Der Zusammenhang des Zitats, der nachzulesen ist, macht den Trick nicht besser. Ziele gut, Umsetzung schlecht, das ist die einfache „Faustformel“, die aber ist aber grundfalsch.

Das ist bestimmt hervorragend geeignet, um ...???.; das ist sicherlich NICHT geeignet, um

Studierende für die GEW-Anträge zu begeistern.

Es ist in Wirklichkeit eine Provokation der massiv gegen den Bologna-Prozess demonstrierende, protestierenden und kämpfenden Studentinnen und Studenten.

Unbedingt lesen und unterstützen!!

1. „Bildung oftmals als marktgerechte Ausbildung verkürzt.“

Es sticht der Antrag des **BA Junge GEW** (S. 170 – 172) positiv hervor, der als Bildungsziel in der Tradition der positiven Seiten der Aufklärung von „kritisch-mündigen Persönlichkeiten“ (S. 170, Z.121-122) spricht und einen „alternativen Bildungsbericht“ fordert als **„umfassenden Gegenentwurf zum Mainstream.“** (S. 170, Z. 46-47). Sehr deutlich wird die GEW-interne Diskussion „in den Landesverbänden“ der GEW kritisiert, die - so wörtlich - **„Bildung oftmals als marktgerechte Ausbildung verkürzt.“** (S. 171, Z. 65-65) Dabei wird den allgegenwärtigen PISA- Argument (auch in den GEW Diskussion klingt es dauernd: Aber PISA hat gezeigt..) entgegengetreten und sehr deutlich der Grundfehler von PISA-Studien benannt: Dort würde eben **„im Kern Bildung auf Grundqualifikationen für Beschäftigungsfähigkeit“** reduziert und in den Vordergrund gerückt. (S. 171, Z. 76-78)

2. Gegen reaktionäre Burschenschaften

Die Forderung des BASS nach **„Unvereinbarkeit studentischer Verbindungen“** mit der GEW ist von Interesse Die Antragskommission schreibt zu dieser klaren Forderung als „Alternative: **„Die GEW unterstützt die kritische Forschungsarbeit zum Thema Studentische Verbindungen“**. Bitte? Das nennt man „Weichspülen“! Wie gesagt, so was an Stelle des längst fälligen Unvereinbarkeitsbeschlusses. **Der Antrag des BASS ist sehr informativ und sollte unbedingt gelesen werden!** (S. 364-373)

3. Klar gegen die „Testeritis“

Der Antrag Schleswig-Holstein gegen die „Testeritis“ mit dem Titel **„Von der Testschule zur pädagogischen Schule“** (S .217-218) dagegen ist knapp und knackig und trifft den Nagel auf den Kopf.

4. Gegen Diskriminierung und Abschiebungen

Die Anträge zu **UNO-Kinderrecht**, gegen Diskriminierung von Frauen, Schwulen und Lesben sowie insbesondere der Antrag **„Bleiberecht“** des BA Multikulturelle Abgelegeneheiten („Abschiebstopf für Kinder und Jugendliche in Schule und Ausbildung“, S. 54, Z. 86-87) sind sicherlich weitgehend richtig und unstrittig.

5. Bildungsgewerkschaft GEW gegen BILD-Zeitung

Ein Antrag auf der GEW Frankfurt BDV, an den erinnert werden muss.

(Er war nicht in den Unterlagen des Gewerkschaftskongresses; das muss nicht an der Bundes-Kongress-Vorbereitung liegen!)

**Antrag an die BDV vom 21.2.2008 = BDV-DS-7 =
Antragsteller: Benjamin Ortmeier
Zu TOP 5a**

Die BDV möge beschließen:

Angesichts der nationalistischen Hetze der BILD werden die Frankfurter Delegierten aufgefordert, auf dem nächsten Bundes-Kongreß der GEW zu beantragen: Die bundesweite Zeitung der GEW „Erziehung und Wissenschaft“ wird dreimal im Jahr eine vierseitige Beilage mit einer wissenschaftlichen Analyse der krassen Fälle antidemokratischer und nationalistischer Artikel der BILD Deutschland zur Unterstützung der Aufklärungs- und Bildungsarbeit - etwa durch das DISS Duisburg – erstellen.

BEGRÜNDUNG:



Zehn kurze Bemerkungen und Informationen zu weiteren Anträgen

- 1) Es gibt einen sicher unstrittiger Antrag gegen „**Partnership**“ des Hauptvorstandes (S.17-19, gegen Privatisierung). Klar bleibt der falschen Grundkonzeption folgend - „Privat ist schlecht, Staat ist gut“ - die Kritik staatlicher Maßnahmen außen vor.
- 2) Eine Reihe von Anträgen gegen **Bertelsmann** von Landesverbänden u.a., Bundesfach-Gruppen, enthält eine Fülle von Wiederholungen und begründet die Notwendigkeit die Bertelsmann-Stiftung zu isolieren (S. 20 – 32) – und auch die Zusammenarbeit mit der GEW einzustellen, die nicht genauer beschrieben wird. (auch hier - der ganze Stiftungsbereich wird auf ein Extrem reduziert, das ist zwar besser als nichts, aber bleibt an der Oberfläche ohne jede grundsätzliche Überlegung zum Thema „Stiftungsunwesen“)
- 3) Der Antrag des LV Hessen gegen die Privatisierung der DEUTSCHEN BAHN AG (S.58 - 62) mit seiner Begründung ist in sich schlüssig, behandelt aber nach dem Fahrplan „Privat ist schlecht, Staat ist gut“ in keiner Weise den antigewerkschaftlichen **staatlichen** Kurs der DB. So bleibt unterm Strich die Unterstützung sozialdemokratischer Forderungen statt der Klärung der eigentlichen und eben doppelten Aufgabe: Unterstützung der Beschäftigten bei der DB gegen Privatisierungspläne **und** gegen staatliche Verschärfung der Ausbeutung.
- 4) Die Anträge gegen antigewerkschaftliche Gerichtsbeschlüsse des **Europäischen Gerichtshofes** (S. 63 - 71) decken in der Tat Ungeheuerlichkeiten auf. Die Problematik des gewerkschaftlichen Kampfes gegen diese Ungeheuerlichkeit wird jedoch eher umgangen.
- 5) Der Antrag des Hauptvorstandes (S. 131 -149) rekurriert auf die UN – Menschenrechtserklärung. Der Antrag des Hauptvorstandes berichtet zunächst über den Stand der von der BRD ratifizierten **UN-Verträge** auf verschiedenen Ebenen, verweist auf die vom UN Berichterstatter V. Munoz registrierten Verstöße in der BRD gegen diese Verträge, so dass eine hochinteressante „Anklageschrift“ gegen die BRD entsteht, die insbesondere strukturelle nationalistische Diskriminierung feststellt. Es bleibt die Frage: Wenn das alles so ist, ..und es ist so ..., warum wird in diesem Antrag nicht mit gebotener Deutlichkeit auch mit praktischen Forderungen (Internationale Kampagne gegen die BRD-Verstöße gegen das UN-Recht) reagiert? Hier jedenfalls wird wirklich Material geboten, das Handlungsperspektiven ermöglicht und nicht in der Flut von Papier untergehen darf.
- 6) Unverständlich ist dann auch, dass der eigentlich ausgesprochen unstrittige Antrag des BA Multikulturelle Angelegenheiten (S. 182): **„An allen Schulen soll künftig allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung zu Ethik, Religionen und Weltanschauungen vermittelt werden“** von der Antragskommission an den Hauptvorstand – ohne Begründung –überwiesen wird.
- 7) Positiv sticht auch der Antrag des LV Hessen hervor, der überhaupt das Thema Demokratie in der Schule aufgreift – aus der Sicht der dort Beschäftigten. Wer jedoch in diesem Antrag zur **„demokratisch verfassten Schule“** (S. 196 – 202) irgendetwas über **demokratische Bildung der Schülerinnen und Schüler**, ihre demokratischen Rechte und Möglichkeiten erfahren hofft, wird bitter enttäuscht. Ist das kein Thema in der GEW? Anscheinend nicht – obgleich es doch zur fundamentalsten Forderung einer Bildungsgewerkschaft gehören müsste. Schülerinnen und Schüler? Ja, die gibt es in den Schulen und ihre demokratischen Rechte sind von enormer Bedeutung für Bildung und müssen ausgebaut und gestärkt werden.
- 8) Ein umfangreicher Antrag des Hauptvorstandes zur **Evaluierung** (S. 203-214) bringt viele Einzelkritiken, dann auch eigene Vorstellung, bringt aber nicht auf den Nenner, worum es bei den realen staatlich organisierten Evaluierungsprogrammen im Kern geht: „Überwachen und Strafen“, engmaschige Entdemokratisierung und Einschüchterung bis ins Detail.
- 9) Wir haben keine Gesamtzahlen des Haushaltes, aber erfahren, dass auf Antrag des Hauptvorstandes er „ermächtigt“ wird für **„Mitgliederwerbung“ und „Generationenwechsel“ „2 Millionen Euro aus dem Kampf- und Unterstützungsfond“** zur Verfügung zu stellen. Kein Witz. (S.338 Z.1-5)
- 10) Der BASS der Studierenden ist da bescheidner, er fordert nicht – was sicher wirklich sinnvoll wäre - zwei Millionen für seine Arbeit, sondern will gegen Gängelung durch „Autonomie“ gesichert sein und fordert zu recht eine „eigenständige Publikation“. (S.342-344, Z. 28 und Z.52) **Aber vielleicht erkämpft der BASS ja Mittel aus diesem neuen Fond für den wahrlich anstehenden „Generationenwechsel“.**

ANHANG

- I. Debatte in der GEW zum Thema: **„Argumente gegen das Deutschlandlied“**
- II. Debatte in der GEW zum Thema: **NS-LB/ GEW / Ro 19 Haus in Hamburg**
- III. Debatte in der GEW zum Thema: **Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus**

Anhang I

Debatte in der GEW zum Thema:

**„Argumente gegen das
Deutschlandlied“**



Argumente gegen das Deutschlandlied Geschichte und Gegenwart eines furchtbaren Lobliedes auf die deutsche Nation



Am Dienstag, dem 06. Juni 2006, also kurz vor dem Beginn der Fußballweltmeisterschaft, veröffentlichte das LabourNet Germany das Vorwort und das 1. Kapitel aus einer Broschüre von Benjamin Ortmeyer mit dem Titel „Argumente gegen das Deutschlandlied - Geschichte und Gegenwart eines furchtbaren Lobliedes auf die deutsche Nation“. Nachdem dann die WM begann, Costa Rica und Polen niedergelassen wurden, die Deutschlandfahnen in jedem Ein-Euro-Shop ausverkauft waren und hunderttausende anständige Deutsche ebenjene schwingend, zu Fuß oder am Auto flatternd, durch unsere Städte trugen, bemerkte die Bild-Zeitung am 15.06.06:

„Lehrer-Gewerkschaft macht unsere Nationalhymne mies – Die Lehrer-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will uns das Singen der deutschen Nationalhymne vermiesen!..“ und Bild-Kommentator Einar Koch. „Wir sind stolz auf unsere Hymne!“. Dann ging's locker, flockig und argumentativ auf hohem Niveau weiter: Die FAZ: „...Solch hanebüchenen Unsinn hat man tatsächlich schon lange nicht mehr vernommen...“ und in „Die Welt“ schrieb ein Peter Dausend: „Die Lehrer-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist allein schon deshalb unsere Lieblingsgewerkschaft, weil wir seit unserem Abitur nichts mehr mit ihr zu tun hatten. Und mit Lehrern auch nicht...“ Mittlerweile überschlugen sich die Ereignisse und die GEW Sachsen schreibt in ihrer letzten Pressemitteilung: „Zur Klarstellung! Die GEW Sachsen hat keine Broschüre zum Deutschlandlied an Schulen verteilt!“ Bitte, bitte tut mir nichts! Die Redaktion des LabourNet Germany veröffentlicht heute die komplette Broschüre, „weil wir irgendwie den Verdacht hegen, dass das Ding in der nächsten Zeit wohl nicht zu kriegen sein wird.“ Gleichzeitig gibt's ein paar nette Stellungnahmen und, der Ausgewogenheit wegen einen weiteren Artikel von Benjamin Ortmeyer mit dem Titel „Auferstanden aus Ruinen...“ – Bechers Nationalismus – Brechts Kritik“(siehe weiter unten).

■ Argumente gegen das Deutschlandlied - Geschichte und Gegenwart eines furchtbaren Lobliedes auf die deutsche Nation

Die komplette Fassung vom Mai 2006 in 2 Teilen. [Teil 1](#) (22 Seiten – 1,26 MB) und [Teil 2](#) (26 Seiten – 1,64 MB)

■ Das Ende des Hymnen-Streits

„Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, hat selbst eine Alternative verfasst: Spottverse über seine untertänigsten Landsleute, die sich zur gleichen Melodie singen lassen wie das dieser Tage so beliebte „Einigkeit und Recht und Freiheit“...“ [Artikel von Gernot Knödler in der taz Nord vom 24.6.2006](#)

■ Kriech Du und der Teufel

Einer unserer Leser war so freundlich uns [den Text von Heinrich Hoffmann von Fallersleben](#) zuzusenden. Entnommen wurde er aus einer Veröffentlichung der Gruppe Zupfgeigenhansel „Es wollt ein Bauer früh aufstehen“ erschienen im Pläne Verlag - 1.Auflage 1978

■ Der Karstadt-Abrißbagger oder ein Wintermärchen unter einem WM-Mitsommernachts-Alptraum

Angeregt durch die Deutschlandlied-Debatte und den Karstadt-Abriß in der „Kulturhauptstadt Essen“ führte unser Leser Axel Kunkel ein kleines Gespräch mit [Heinrich Heine](#) in der Gedichtsform von „Deutschland ein Wintermärchen“



■ **GEW-Stellungnahmen und Pressemitteilungen**

Die Stellungnahmen von Ulrich Thöne im Wortlaut und weitere Pressemitteilungen [☞](#) aus den verschiedenen Landesverbänden auf der Seite der GEW. Siehe dazu:

■ **Offener Brief an die Mitglieder der GEW**

„Als Gründungsmitglied der GEW Hessen (1946) habe ich bis heute die allgemeinpolitischen und natürlich besonders aufmerksam die bildungspolitischen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands verfolgt und mir darüber eine eigene Meinung gebildet, eingeschlossen die jeweiligen Reaktionen der Gewerkschaft darauf, vor allem natürlich die meiner eigenen, und mich gegebenenfalls in eine Diskussion eingeschaltet. (...) Es ist für mich nicht nachvollziehbar und höchst deprimierend, nunmehr feststellen zu müssen, daß die beiden Vorsitzenden, nach meiner Ansicht völlig überstürzt, um es nicht unbedacht zu nennen, um Entschuldigung für ihren Beschluß bitten, fast betteln. Mit mir fragen sich auch andere, nicht nur GEW-Mitglieder, bei wem sie sich eigentlich entschuldigen. Gegenüber wem haben sie Schuld auf sich geladen?...“ Offener Brief an die Mitglieder der GEW von Heinz Joachim Nagel [☞](#) zum Interview des Kollegen Thöne mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 22.6.2006

■ **Nationalhymne: GEW demonstriert den Fallrückzieher**

„Für ihre Argumente gegen die Nationalhymne ist der Bildungs-Gewerkschaft GEW geballte Empörung entgegengeschlagen. Jetzt entschuldigt sie sich dafür. Vor einer Woche noch meinte Ulrich Thöne, die Fußball-Weltmeisterschaft könnte ein guter Anlass sein, um sich mit Kritik am Deutschlandlied Gehör zu verschaffen. Inzwischen findet der Chef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) das nicht mehr. Am Dienstag sprach er von einem "Fehler" und entschuldigte sich dafür, den Eindruck erweckt zu haben, "die GEW wolle den Fans die Fußball-WM vermiesen". Denn nichts kommt derzeit schlechter an als das...“ Artikel von Pitt von Bebenburg in der Frankfurter Rundschau [☞](#) vom 21.06.2006

■ **Canossagang**

„Die Entschuldigung des GEW-Vorsitzenden für die Kritik am Deutschlandlied zeigt die Unmöglichkeit bestimmter Debatten in Deutschland. Ganz Deutschland feiert in diesen Tagen mit Fahnen und Gesängen die Erfolge der Fußballweltmeisterschaft. Nur verbohrt Funktionäre einer linken Lehrgewerkschaft wollten da nicht mitfeiern und diese Freude vermiesen. Diesen Eindruck konnte man haben, wenn man die Reaktionen auf die Broschüre Argumente gegen das Deutschlandlied vernimmt, die der hessische Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vor einigen Wochen wiederaufgelegt hat...“ Artikel von Peter Nowak auf telepolis [☞](#) vom 22.06.2006

■ **Pressespiegel**

Eine erste Sammlung wichtiger Meldungen aus dem deutschen Blätterwald zu Thema [☞](#), ebenfalls auf der GEW-Seite

■ **Wider die Scheinleichtigkeit des Seins**

„Die Apologeten der Leichtigkeit des Seins in der brave new DEURO-World machens einem schwer, denn sie besetzen maimgestreamed prophylaktisch schon die Ersatzabschalt- und Umschaltkulissen hinter den GroßBildoberflächen, hinter den nicht mehr Großdeutschen, sondern jetzt großeuropäischen Leinwänden, Vorleinwände für die Durchstoiberung und Struck-Con-Jungturierung der Heimatfront: das brilliant inzenierte Mega-Event "Die Welt zu Gast bei Freunden" tanzt seine SpitzenParty auf dem Vulkan: Deutschland über alles ist Weltmeister beim Abschieben, liegt bei kaum noch als Menschenrechtsmissionen getarnten neokolonialen An- und Eingriffskriegen auf Platz drei hinter den bUShA und GB/UK und hat die grande nation längst überholt. Was da heiser dem Heiligen Rock von Trier nach dem fünften sixpack Billigbier, dem wir sind Papst und nun auch schon fast jeder mit Podolski-Klose den ExPolacken Weltmeister nachgrölt, das kaut auf LidlGenFood und AldiBrot und geht zur Not mit Hartz 4 in der Abseitsfalle auf die EndlosReserveBank und für einen Euro als GlobalAfterWorkWorker schwarzSchrubben als Clean-man: du bist Deutschland, du bist Kliensmann, wir sind Papst...“ Ein Kommentar unseres geschätzten Freundes Hartmut Barth-Engelbart [☞](#) zur Nationaldebatte im Forum der Zeit vom 21.06.2006

■ **Die ursprüngliche Meldung des LabourNet Germany vom 06.06.2006:**

Argumente gegen das Deutschlandlied - Geschichte und Gegenwart eines furchtbaren Lobliedes auf die deutsche Nation

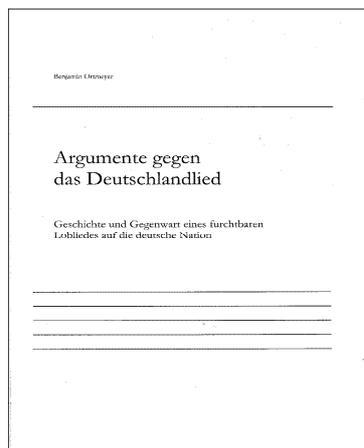
„Mit dieser Neuauflage erinnern wir an die Kritik des Deutschlandliedes aus dem Jahre 1989/90. Die eine oder der andere mag sich fragen, warum die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft dies gerade zur Fußballweltmeisterschaft 2006 tut. In der ersten Auflage hatte unser damaliger Bundesvorsitzender, Dieter Wunder, wohl auch in Hoffnung auf eine grundlegendere Aufarbeitung und Weiterentwicklung der Geschichte im Rahmen des Vereinigungsprozesses, in einer Presseerklärung pointiert formuliert: das „Deutschlandlied gehört ins Museum“. (Presseerklärung vom 19. August 1991). Die heutige Stimmung, dass wir doch jetzt erst recht „wieder wer sind“, und doch seit 1990 weitere 16 Jahre zur Zeitspanne 1933- 1945 vergangen

sind, also ein angeblich „natürlicher Patriotismus“ angesichts der gesellschaftlichen Probleme in diesem Land die richtige Antwort sei, all das ist uns nicht unbekannt. Als Bildungsgewerkschaft GEW treten wir ganz bewusst und ganz ausdrücklich solchen Stimmungen des Nationalismus und der „deutschen Leitkultur“ entgegen und betonen die Notwendigkeit einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart des Nationalismus in Deutschland und eben auch mit der Geschichte und Gegenwart des „Deutschlandliedes“, der Nationalhymne. Die Analyse von Benjamin Ortmeier „Argumente gegen das Deutschlandlied“ leistet dafür einen fundierten Beitrag...“ Auszug aus dem Vorwort von Ulrich Thöne und Jochen Nagel zu der Broschüre von Benjamin Ortmeier. Das LabourNet Germany veröffentlicht dazu als Auszug aus der Broschüre die Einleitung und das erste Kapitel  „Ein Lied, das von den Opfern der NS-Diktatur nicht gesungen werden kann“ Die Bestellinformationen finden sich auf der letzten Seite der pdf-Datei!

DOKUMENTATION

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT 2006:

DIE BROSchÜRE „ARGUMENTE GEGEN DAS DEUTSCHLANDLIED“ UND DIE GEW



PRESSEBERICHTE – STELLUNGNAHMEN DER GEW – LANDTAGSDEBATTEN

OFFENER BRIEF an die Mitglieder der GEW

von Heinz Joachim Nagel

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Gründungsmitglied der GEW Hessen (1946) habe ich bis heute die allgemeinen und natürlich besonders aufmerksam die bildungspolitischen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands verfolgt und mir darüber eine eigene Meinung gebildet, eingeschlossen die jeweiligen Reaktionen der Gewerkschaft darauf, vor allem natürlich die meiner eigenen, und mich gegebenenfalls in eine Diskussion eingeschaltet.

Seit mehreren Jahren bin ich tätig in der hessischen Landesschieds- und Schlichtungskommission, in der ich manche innergewerkschaftliche Auseinandersetzung erlebte und zu beenden half. Dies betraf insbesondere vor 30 Jahren die von Erich Frister 1975 forcierten Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Es wird daher verständlich sein, daß mich die aktuelle Debatte über die Themen Nationalhymne, 'deutsche Leitkultur', ein nicht mehr zu ignorierendes Aufleben eines neuen Nationalismus und ähnliches erschreckt und beunruhigt.

Darum wende ich mich mit diesem ‚Offenen Brief‘ an Euch als einfache Mitglieder und Funktionsträger in unserer GEW.

In bin zur augenblicklichen Situation dieser Gewerkschaft mehrmals angesprochen und ermuntert worden, mich dazu zu äußern! Nach informativen Kontakten mit einigen Freunden im Landesverband, habe ich mich entschlossen, diese Zeilen an Euch zu richten. Dabei hoffe ich auf eine lebhaft, aber sachliche, Reaktion.

Die Neu-Herausgabe der wissenschaftlichen Arbeit des Kollegen Benjamin Ortmeier, Frankfurt, „Argumente gegen das Deutschlandlied“ als gemeinsame Initiative des Bundesvorsitzenden und des Landesvorsitzenden habe ich spontan begrüßt. Die im letzten Absatz des Vorwortes der beiden dargelegten Gründe für diesen Beschluß halte ich für überzeugend und mehr als ausreichend. Überdies legen sie die aktuelle Lage deutlich genug dar.

Diese Haltung wird dem Anspruch, primär eine Bildungsgewerkschaft zu sein, nicht nur eine unverzichtbare Interessenvertretung eines Berufsstandes, mehr als gerecht.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar und höchst deprimierend, nunmehr feststellen zu müssen, daß die beiden Vorsitzenden, nach meiner Ansicht völlig überstürzt, um es nicht unbedacht zu nennen, um Entschuldigung für ihren Beschluß bitten, fast betteln. Mit mir fragen sich auch andere, nicht nur GEW-Mitglieder, bei wem sie sich eigentlich entschuldigen. Gegenüber wem haben sie Schuld auf sich geladen?

Mit Luther, den ich nicht uneingeschränkt respektieren kann, hätten sie bekennen sollen: „Hier stehe ich, ...! Und wenn die Welt voll Teufel wär...!“.

Mußten sie nicht wissen, oder auch nur ahnen, daß Kommentare unsachlichster Art aus der konservativen bis extrem rechten Ecke des politischen Spektrums nicht ausbleiben würden.

Kann und darf man sie für so naiv halten? Das werden sie vermutlich empört von sich weisen!

Oder haben sie wirklich geglaubt, eine hinreichend tolerante und vorurteilsfreie Öffentlichkeit vorzufinden, die nicht zu beeinflussen sei durch das publizistische Trommelfeuer von BILD und NATIONALZEITUNG über Repräsentanten der CDU bis hin zur sogenannten „bürgerlichen Mitte“ von SPD, Grünen und FDP (die selbstangemaßten Vertreter der „Freiheit“, wie sie sie verstehen, nämlich, die einer ungehemmten Freiheit des Profits)? Ich will den beiden GEW-Kollegen das nicht unterstellen, weil ich damit auch mein bisheriges Vertrauen in eine Organisation, der ich nun seit 60 Jahren angehöre, in Frage stellen müßte. Sie können es doch nicht ohne heftige Gegenwehr hinnehmen, als unpatriotisch, vaterlandslos, verkrampt, verderblich und miesepeterig bezeichnet zu werden.

Es ist unverkennbar, daß sich dahinter die ständig schwelende Schlußstrichmentalität verbirgt, die nichts mehr wissen will von der unabweisbaren Last einer nationalen Vergangenheit, die voller brutaler Verbrechen war im Inneren gegen sogenannte rassische Minderheiten und politischen Widerstand Leistende wie auch nach außen hin (militärische Überfälle auf nahezu alle europäischen Nachbarn mit zahlreichen Kriegsverbrechen an deren Bevölkerung).

Angesichts der leider abzusehenden Resonanz in einer unaufgeklärten und diesbezüglich auch unwilligen deutschen Öffentlichkeit ist und bleibt der Zeitpunkt einer solchen publizierten Meinung letztlich völlig unerheblich. Das hätte den Herausgebern doch bewußt sein müssen! So weltfremd können sie doch nicht sein!

Und damit zur Wirkung innerhalb unserer Mitgliedschaft: Es kann nicht überraschen, daß sie der in der übrigen Öffentlichkeit nicht unähnlich ist. Eine diesbezügliche Quantifizierung vermag ich nicht vorzunehmen. Dies um so mehr, als in den letzten Ausgaben der beiden GEW-Monatszeitungen fast ausschließlich nur Außenstehende zu Wort kommen. Wir, die Unterzeichner dieses Offenen Briefes, wüßten gerne mehr über die Akzeptanz unter den Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft, gerade zum jetzigen Zeitpunkt, in dem große Herausforderungen auf uns zukommen, wäre dies von hoher Wichtigkeit! Sind wir noch eine geschlossene Kampfgemeinschaft?

Abschließend: Wir sind tief beschämt und erschrocken über das zutage getretene Verhalten der Spitze unserer Organisation! - Und haben auch mit uns gerungen, ob darin weiter unser Platz sein kann.

Zum (abwartenden) Verbleiben ermutigen uns die kämpferischen Aktivitäten des jungen akademischen Nachwuchses, der mutig gegen den Abbau der Bildungschancen auf die Straße geht. Wir sehen darin eine zukunftsweisende Aufgabe für unsere gewerkschaftliche Gruppierung, gemeinsam mit ihnen unsere bisherigen richtigen gesellschaftlichen und bildungspolitischen Grundpositionen zu verteidigen und offensiv voranzutreiben. Vergessen wir nicht, daß sie es einmal in nicht allzu ferner Zukunft sein werden, die auf ihren Schultern unser Werk tragen, das wir Alten und Älteren ihnen vertrauensvoll übergeben!

In diesem Sinne verstehen wir unseren weiteren Einsatz in der GEW! Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns Taten sehen!

e-mail: nagelu@t-online.de

PS: Beigelegt ist das Interview des Kollegen Thöne mit der „Frankfurter Rundschau“ vom 22.6.2006.

INTERVIEW

„Broschüre aus dem Museum“

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne, gibt Fehler seiner Organisation in der Patriotismus-Debatte zu.

Frankfurter Rundschau: Herr Thöne, zu Beginn der Fußball-WM haben Sie „Argumente gegen das Deutschlandlied“ verschickt. Jetzt entschuldigen Sie sich dafür. Warum sind Sie eingeknickt?

Ulrich Thöne: Wer sich die Fähigkeit zur Kritik bewahren will, muss auch selbstkritisch sein und sich korrigieren können. Wir sind auf dem falschen Bein erwisch worden. Das kreide ich auch mir an. Diese Broschüre kommt aus dem Museum und ist nicht unser aktueller Debattenbeitrag zum Thema Nationalbewusstsein.

Sind die Argumente falsch, die in der Broschüre stehen?

Jedes Argument kann ich nur aus dem Zeitkontext verstehen. Die Broschüre ist vor 1990 entstanden. Ihr Verdienst ist, dass sie klar macht, welche Belastung mit der deutschen Nationalhymne einher-

GEW-Chef
Ulrich Thöne
wird für ein Heft
gegen die
deutsche
Nationalhymne
kritisiert.



geht. Noch ein anderer Punkt muss herausgestellt werden. Die dritte Strophe war von enormer Bedeutung für das Zusammenwachsen Deutschlands. „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ ist 1990 eine ganz zentrale Aussage für sehr viele Menschen gewesen, die sich dafür in Bewegung gesetzt haben. Dieser Punkt fehlt in der Broschüre völlig, weil sie vorher entstanden ist.

Also finden Sie die Hymne gut?

An diesem Punkt natürlich. Aber das ändert nichts daran: Die Konnotation dieser Hymne, wenn sie musikalisch gespielt wird, ist in verschiedenen Ländern ganz unterschiedlich. Dessen muss man sich bewusst sein. Ich weiß, wovon ich rede, ich komme gerade aus Israel zurück.

Stellen Sie die Hymne zur Debatte?
Wir haben keine Diskussion über nationale Symbole gewollt. Die Frage ist vielmehr: Wie kriegen wir es hin, dass sich die Menschen mit einem Wir-Gefühl, im positiven Sinne ausgestattet mit Selbstbewusstsein begegnen können? Diese Frage wollten wir aufwerfen.

Erleben Sie im Zuge der Fußball-Weltmeisterschaft dieses Wir-Gefühl?

Sie können sich vorstellen, dass mein Blick durch die Heftigkeit der Debatte im Augenblick ein bisschen getrübt ist. Wenn ich das aber richtig wahrnehme, sehe ich, dass besonders Jugendliche im positiven Sinne Nationalgefühle benutzen und damit einen Platz besetzen, den sonst die rechte Szene glaubte allein für sich zu haben. Da kann ich nur sagen: Ganz toll, so soll es weitergehen.

Singen Sie persönlich die Nationalhymne begeistert mit, wenn Sie Fußballspiele sehen?

Seit ich aus Israel zurück bin, komme ich leider nicht zum Fußballgucken.

Würden Sie mitsingen?

Das hängt von der Stimmung ab. Wenn ich mit im Stadion wäre, könnte ich mir nicht vorstellen, dass ich als Miesepeter an der Seite stünde. Aber zu Hause komme ich bestimmt nicht in eine Stimmung, dass ich freudig erregt mitsingen würde.

In der GEW sind viele verärgert.

Die Diskussion in der GEW wird schwierig. Da wird es Auseinandersetzungen geben. Aber ich sehe nicht, dass wir großartige Unterschiede in der Einschätzung mit Blick auf die nationalen Symbole oder die Nationalhymne hätten.

Wie viele Austritte gab es?

Das kann ich noch nicht einschätzen. Beim Hauptvorstand waren es nur sehr wenige Austritte. Wir fragen jetzt die Landesverbände ab. Die GEW war heftiger Kritik ausgesetzt. Da kann ich verstehen, dass eine ganze Reihe von Mitgliedern sagt: Spinnen die denn? Die ziehen Konsequenzen daraus, und das kann ich ihnen nicht einmal übel nehmen.

Interview: Viktor Funk und
Pitt von Bebenburg

Debatte in der GEW Frankfurt/M: Mit Zensur gegen „Verächtlichmachung der GEW und ihres Vorsitzende Thöne“???

Kommentar im Hessischen Rundfunk, der - schon gesetzt - nach Intervention des GEW-Vorsitzenden Frankfurt am Main, Herbert Storn, aus der Frankfurter Lehrerzeitung (GEW) entfernt wurde

Reinhard Lauterbach

20.6.06

Frühkommentar: Eingeknickt - wie die GEWerschaft nicht mal zu ihren Lichtblicken steht

Letzte Woche war Unerhörtes zu verzeichnen: die Lehrgewerkschaft GEW wollte doch tatsächlich eine Broschüre mit dem Titel „Argumente gegen das Deutschlandlied“ verbreiten. Eine harmlose Schrift des Frankfurter Erziehungswissenschaftlers Benjamin Ortmeier. Darin wird, gestützt durch Quellenzitate aus Werken des Textdichters Hoffmann von Fallersleben, daran erinnert, welchen Geistes Kind dieser Autor gewesen ist: fremdenfeindlich, antisemitisch, reaktionär. In welchem geistigen Umfeld also die deutsche Hymne entstanden ist. Und es wird die Frage gestellt, ob ein Deutschland, das sich als Demokratie versteht, sich musikalisch eben in diesem Text symbolisieren sollte. Wo es doch, unterstellt die Broschüre, als Demokratie weit über Haltungen wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und reaktionärer Gesinnung erhaben sei. Wie man sieht: ein durch und durch positiver Ansatz. Demokratische Sozialkunde aus den achtziger Jahren, als die Schrift ursprünglich entstanden ist.

Aber der mediale Sturm, der alsbald über die Lehrgewerkschaft hinwegzog, zeigt, daß Ortmeiers Argumente, so zutreffend sie im Einzelfall auch sein mögen,

in der Bundesrepublik des Jahres 2006 nicht mehr gelten sollen. Nicht einmal eine Widerlegung sind sie mehr wert. Stattdessen erfanden Politiker, die den Text vermutlich nicht mal ansatzweise gelesen haben, Phantomforderungen: die GEW wolle die Hymne verbieten und dergleichen. Unsinn pur, aber das sind wir ja gewohnt. Schlußfolgerung aus dem Skandalchen: nicht nur das Land hat sich seit der Entstehung der GEW-Broschüre geändert. Verändert hat sich vor allem seine angestrebte Selbstdarstellung. Skepsis ist out, Hurra-schreien wieder angesagt. Die nordrhein-westfälische Kultusministerin hat die Verbreitung der GEW-Broschüre in den Schulen zwischen Bonn und Bielefeld gleich verboten, andere Politiker brachten gegen den Text so tiefeschürfende Argumente in Stellung wie den Vorwurf der Miesmacherei und Spielverderberei. Die Vorwürfe sind allerdings interessant: wie bitte, jemand versucht, in dem Rausch von Schwarz-Rot-Gold, der derzeit alle Köpfe umweht, nüchtern zu bleiben? Miesmacher. Dabei ist der Spaß, dem sich die feiernden Fußballfans hingeben, so etwas von bescheiden: in einer WM, wo die deutsche Mannschaft mal gerade die Vorrunde überstanden hat, schwenken deutsche Couch-potatoes Fähnchen, als würden sie dafür bezahlt und nicht umgekehrt. Zeitungen besprechen nicht entlarvend, sondern wohlwollend die sozialtechnologische Manier, in der die Bundesregierung eine Gesundheitsreform durchzieht, von der

den Leuten noch Hören und Sehen vergehen wird, während die Bevölkerung durch das Fähnchenschwenken abgelenkt ist - und sich auch gern ablenken läßt, man gönnt sich ja sonst nichts. Was ist denn an diesem Spiel eigentlich noch zu verderben?

Andererseits: es gibt keine Tragödie, auf die nicht eine Farce folgte. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich jetzt von ihrer eigenen Broschüre distanziert und sich - für sie entschuldigt! GEW-Chef Thöne gönnte, man habe leider verkannt, daß die Fans die Hymne aus Lebensfreude sängen. Hm. Herr Thöne mit seiner reichen pädagogischen Erfahrung wird es wohl wissen. Ich würde, wenns mir um den Ausdruck von Lebensfreude ginge, allenfalls „so ein Tag, so wunderschön wie heute“ singen, oder „mir ist so kannibalisch wohl als wie dreihundert Säuen“. Aber „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ - das paßt nun wirklich zu Lebensfreude wie die Faust aufs Auge des gegnerischen Fans. Eher schon zum Strammstehen vor dem Kampf, zum Durchhaltenmüssen, zum Zähnezusammenbeißen, kurz: zu jener Form von emotionaler Beziehung zu Deutschland, die Politiker um so mehr einfordern, je weniger dieses Deutschland seiner Bevölkerung rationale Gründe liefert, sich in ihm wohlfühlen.

Es wird nichts helfen. Auf jeden Rausch folgt der Katex. Den kann man nicht wegsingen. Da hilft nur Aspirin und künftig Enthaltbarkeit. Bis zum nächsten Mal.

„Dieser - schon für die Veröffentlichung gesetzte - Artikel wurde dann doch nicht in die ‚Frankfurter Lehrerzeitung‘ (FLZ) der GEW Frankfurt aufgenommen. Aus den Stellungnahmen der beiden daraufhin zurückgetretenen Redaktionsmitglieder in den folgenden Ausgaben der FLZ und ihren persönlichen Erklärungen geht hervor, dass massiv in ihre Redaktionstätigkeit eingegriffen wurde und der Artikel gegen ihren Willen in der Zeitung nicht erscheinen durfte. Unter anderem hatte der GEW-Vorsitzende von Frankfurt HERBERT STORN mit Rücktritt gedroht, falls dieser Artikel abgedruckt würde, da in ihm „Verächtlichmachung der GEW und ihres Vorsitzende Thöne“ (Herbert Storn 6.11.2006) betrieben würde.“ (Mitteilung von Benjamin Ortmeier, Mitglied des Vorstands der GEW Frankfurt, 15. April 2007)

Anhang II

Debatte in der GEW zum Thema:

**NSLB/ GEW / Ro 19-Haus
in Hamburg**



Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund „arisiertes“ und nach 1945 betrügerisch erschliches Vermögen behalten! (*)

Vorwort zur 2. Auflage vom 14.7.07 zum Offenen Brief von Benjamin Ortmeyer an den GEW Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Nach einer Reihe von Diskussionen über den Offenen Brief (u.a. mit dem GEW-Vorsitzenden Uli Thöne und den Vorsitzenden der GEW Hessen) kristallisierten sich zwei Punkte heraus, die hier konzentriert herausgestellt werden sollen.

Der NSLB als Vorläufer der GEW ist in jeder Hinsicht inakzeptabel

Der inhaltlich gewichtigste Punkt für die GEW und den Hauptvorstand ist, dass offensichtlich zumindest teilweise hingenommen wird, dass es im Kontext der Debatte um ein „arisiertes Haus“ überhaupt für akzeptabel gehalten wird, einen Zusammenhang zwischen NSLB und GEW herzustellen, als hätte die GEW als demokratische Organisation, neu gegründet nach 1945, irgendetwas mit den Mordhetzern des NSLB zu tun, wenn es um Geld, juristische Fragen etc. geht.

Hier muss klar Stellung bezogen werden, um so mehr, als (personell – nicht als Organisation) so mancher Funktionär der SS, der SA und der NSDAP, der vorher im NSLB organisiert war, nach 1945 Mitglied der GEW wurde und dort Rechtsbeistand mit dem Ziel des Wiedereintritts in den Schuldienst erhielt. Die GEW der fünfziger Jahre hat ihren eigenen Anteil zur Entnazifizierung nicht geleistet, im Gegenteil.

Das Haus in Hamburg war im Besitz des NSLB. Das ist der unstrittige Kern, alle Formalien und Namensspielereien werden daran nichts ändern. Der NSLB – ausgerechnet! – soll jüdischen Besitzern entgegengekommen sein, ihre Notlage nicht ausgenutzt haben? An diesem Punkt wird eine moralische Grenze überschritten und die GLEICHGÜLTIGKEIT gegenüber diesen Unverschämtheiten schmerzt vielleicht noch mehr als die geschichtsrevisionistischen Lügen.

Die Umkehrung der Beweislast

Für die AUFKLÄRUNG über das NS-Regime ist es schier unerträglich, verletzend und beschämend, dass innerhalb der GEW in Teilen – in gewichtigen Teilen – nicht der geschichtsrevisionistische Mechanismus erkannt wird, wie eine UMKEHRUNG DER BEWEISLAST (unter Berufung auf „wissenschaftliche Beweisführung“) um sich greift.

Mit der Methode des Relativismus, des Agnostizismus und Phrasen wie „Es gibt nicht nur schwarz-weiß“, wird von den VERFOLGTEN verlangt, im einzelnen ihre Verfolgung zu beweisen. Damit werden geschichtlich bewiesene Tatsachen gesellschaftlicher Verfolgung (mit Berufung auf „Einzelfälle“) in Frage gestellt. Das ist tief verletzend und war oftmals der Grund, warum Verfolgte in einzelnen Fällen keine Anträge auf Entschädigung gestellt haben und häufig auch nicht bereit waren, nach ihren ersten Erfahrungen in Prozessen gegen NS-Verbrecher erneut auszusagen.

Die Schamlosigkeit der Beamten der fünfziger Jahre bei solchen Verfahren, die ich genau bei den Anträgen auf „Ausbildungsschäden“ durchgearbeitet habe, sind da noch das kleinste Problem. Da haben ganze Kollegien (z. B. das der Herder-Schule in Frankfurt) nach 1945 bestätigt, dass die „jüdische Schülerin“ die Schule vor 1938 „aus freien Stücken“ verlassen hat, nach ihr hätte es auch noch jüdische Schülerinnen gegeben, die nicht die Schule verlassen hätten usw. Die allgemeine Verfolgungssituation wurde ausgeblendet, um den Nazi-Terror gegen jüdische Kinder im Schulalltag zu bestreiten.

Ähnlich bei der Arisierung 1933–1937. Es ist wissenschaftlicher Konsens (außer bei geschichtsrevisionistische Historikern), dass auch im Einzelfall nicht von einem normalen „fairen“ Kauf und Verkauf etwa von Immobilien in dieser Zeitspanne ausgegangen werden kann. Wenn der NSLB

(juristisch umschrieben als „Käufer“) hier in Aktion trat, gibt es keinerlei Zweifel, der berechtigt wäre. Es ist also von vornherein von einer „Arisierung“ auszugehen, und diejenigen, die beim NSLB in Hamburg eine „Ausnahme“ meinen beweisen zu können, haben zwar viel Papier beschrieben, aber behaupten ja selbst nicht, beweisen zu können, dass es KEINE Arisierung gewesen sei.

Ihre merkwürdigen „Zweifel“ und üblen Andeutungen können nicht verschleiern, dass sie diesen Beweis nicht führen können. Sie behaupten einfach, die „andere Seite“ müssten den Beweis führen. Noch einmal: Das ist nicht der Fall. Diese „Umkehrung der Beweislast“ zurückzuweisen ist wesentlich, damit eine Bildungsgewerkschaft ihrem Anspruch gerecht werden kann, über die NS-Zeit aufzuklären. Sich mit dem Argument heraushalten zu wollen, dass man ja den Einzelfall gar nicht beurteilen könnte, ist ein Einschwenken auf diese „Umkehrung der Beweislast“ und eine Form der Unterstützung des Geschichtsrevisionismus.

Weiteres Vorgehen

Als Mitglied des Vorstands der GEW in Frankfurt am Main werden ich auf allen öffentlichen und gewerkschaftsinternen Ebenen den Skandal auch weiter Skandal nennen. Bereits 1998 wurden einem Offenen Brief auf das Problem NSLB – GEW aufmerksam gemacht. Neun Jahre später ist dies um so nötiger! Auch wenn in manchen GEW-Kreisen das ganze als „Ablenkung von der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit“ aufgenommen wird und die Debatte als „unnötig“ oder gar als „Brunnenvergiftung“ aufgefasst wird, gibt es doch eine gewichtige Gruppierung in der GEW – insbesondere bei den jüngeren Mitgliedern – die mögliche Methode der Erstickung der Debatte innerhalb der GEW ablehnt, vor allem auch unter den studentischen Mitgliedern und zukünftigen GEW-Mitgliedern (siehe z. B. auch die Debatte um die „Argumente gegen das Deutschlandlied“).

Dass bisher bereits der AStA der Frankfurter und der AStA der Bremer Universität den aktuellen Offenen Brief nach Diskussionen und Abstimmungen unterstützen – weitere Unterstützungen werden folgen – zeigt, dass es nicht gelingen wird, diese Debatte zu personalisieren oder unter den Teppich zu kehren. Die Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen und wird verschärft und dem Thema angemessen fortgesetzt werden müssen.

***Benjamin Ortmeyer
Frankfurt am Main, den 14.07.2007***

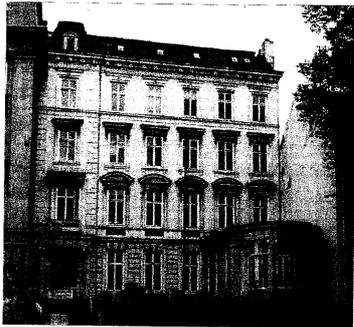
PS: BILDUNGSINTERNATIONALE - Kongress in Berlin 22-29-Juli 2007

Die Übersetzungen in viele Sprachen (englisch, französisch, spanisch, türkisch, iranisch, italienisch, hebräisch, und griechisch liegen bereits vor; polnisch, kurdisch, arabisch und serbokroatisch, werden folgen) ist kein Selbstzweck. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus anderen Ländern hier in Deutschland und international sollen darüber informiert werden, wie die GEW 62 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur noch mit der Frage konfrontiert ist, wie mit dem nazistischen Erbe umgegangen werden soll und welche Konsequenzen es hat, wenn die eigene Vergangenheit nicht systematisch aufgearbeitet wird, wie es bei der GEW der Fall ist.

Die Befürchtung, dass dann der ganze Kongress nur diese Frage diskutiert, ist unbegründet. Es wird möglicherweise darüber Diskussion und Debatten am Rande geben, aber es war und ist kein Tagesordnungspunkt. Ängste in dieser Hinsicht sind unangebracht.

„Einmischung in Hamburg?“

Auch alle Ausführungen, dass es keine „Einmischung“ vom Hauptvorstand etc. in Hamburger Angelegenheiten geben dürfe, ist unangebracht. Es handelt sich um eine ÖFFENTLICHE DISKUSSION, die spätestens nach der Veröffentlichung in der Frankfurter Rundschau bundesweit geführt wird. Sie muss daher vor allem öffentlich weiter geführt werden, zumal die schlimmsten Positionen öffentlich nach dem Landesvorstandsbeschluss der Presse gegenüber geäußert wurden.



Ro 19

Bernhard Nette - Stefan Romey

Welche Erinnerung bleibt?

Fragestellungen und Kontroversen

Kostenbeitrag: 1 €

Benjamin Ortmeier

OFFENER BRIEF

an den GEW Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund „arisiertes“ und nach 1945 betrügerisch erschliches Vermögen behalten!

Juli 2008 (3. Auflage)

(mit Übersetzungen in englischer, französischer, spanischer, türkischer, iranischer, italienischer, russischer, hebräischer, griechischer, chinesischer und polnischer Sprache)

Kontakt BOrtmeyer@t-online.de

Text der Gedenktafel am Haus Rothenbaumchaussee 19,

beschlossen 2008 von dem Landesvorstand der GEW-Hamburg

Dieses Haus wurde 1877/8 im Auftrag des Arztes Fr. Caesar Gerson erbaut. 1890 erwarb es der Kaufmann Moses Max Bauer. Nach dessen Tod 1925 ging es in das Eigentum von Verwandten über.

Sie verkauften es 1935 in einer Zeit zunehmenden antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund.

Die Vorbesitzer Hedwig Hallgarten, geb. Ree, ihre Tochter Mercedes Meyerhof, geb. Hallgarten, und deren Ehemann Robert Henry Nordheim Meyerhof flohen 1936/7 vor dem NS-Terror zunächst in die Schweiz, von dort in die USA. Sie vertraten beim Verkauf die Mitbesitzer Albert und Julius Hallgarten. Klaus Jürgen Bauer starb 1937 nach langjähriger Krankheit in Deutschland.

1948 meldete die „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ Anspruch auf das Haus an. 1954 wurde es endgültig an dessen Nachfolgerin, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), übertragen.

Anhang III

Debatte in der GEW zum Thema:

Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus

Benjamin Ortmeier

ES GIBT EINE GRENZE!

DOKUMENTE des ANTISEMITISMUS und des GESCHICHTSREVISIONISMUS

Quelle: Alle FOTOS der Demonstrationen Dezember 2008 / Januar 2009 auf <http://www.arbeiterfotografie.com>

Köln 17.1.08



Zu den gegenaufklärerischen, geschichtsreversionistischen und antisemitischen Erscheinungen während der Demonstrationen in Deutschland anlässlich des Gaza-Konflikts im Dezember 2008 / Januar 2009

Düsseldorf 3.1.2009



Köln 10.1.2009



Düsseldorf 3.1. 2009



Quellen Links

Dokumentation „Es gibt eine Grenze“ auf der Homepage des ASTA der Goethe-Universität Frankfurt mit Fotos

- Erklärung zur Einstellung meiner Mitarbeit in der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt
- Kritik an einem Artikel der Frankfurter Lehrerzeitung (GEW Frankfurt)

Startseite

<http://www.asta.uni-frankfurt.de/aktuell/themen/kultur/index.html>

Deutsche Fassung

http://www2.asta-frankfurt.de/uploads/asta_homepage_es_gibt_eine_grenze_mit_anhang.pdf

Türkische Fassung

http://www2.asta-frankfurt.de/uploads/es_gibt_eine_grenze_tuerkisch.pdf

Dokumentation der Debatte in der GEW

http://www.gew-frankfurt.de/fileadmin/uploads/dokumente/FLZ-1-09_screen.pdf

Fotodokumentation zu den Demonstrationen Dezember 08/Januar 09
<http://www.arbeiterfotografie.de/galerie/reportage/index.html>

ES GIBT EINE GRENZE!

Zur Debatte in der GEW zu den genaueklärerischen, geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Erscheinungen während der Demonstrationen anlässlich des Gaza-Konflikts Dezember 2008 / Januar 2009

Sicherlich gilt es sehr ernste Diskussionen zu führen, wie in Flugblättern, Internetseiten, Zeitschriften und Zeitungen in Deutschland der militärische Schlag der israelischen Armee gegen Militärbasen der Hamas, bei der sehr viele Zivilisten getötet wurden, dargestellt wurde. Das ist keine leichte Aufgabe.

Die Palette der Absurditäten ist groß.

Sie reicht vom „hochinformierten“ Stammtischbruder („Was die Juden da in Pakistan machen ...“), bis zum theoretisch interessierten friedensbewegten Anhänger Martin Luthers, dessen „Anteil“ an der Geschichte des Judenhasses in Deutschland kompatibel gemacht wird und Alt-Aktivist*innen irgendwelcher „Palästina-Komitees“, die pseudomarxistisch daherkommen und erklären, dass „objektiv“ die Hamas fortschrittlich sei, obwohl die Hamas ihnen längst die Kehle durchgeschnitten hätten – kämen sie mit Marx unterm Arm.

Doch darum und um eine korrekte Kritik an der israelischen Armee soll es hier nicht gehen. Eine ernsthafte, begründete Solidarität mit der leidgeprüften palästinensischen Bevölkerung, eine Kritik an der israelischen Regierung und den Handlungen des israelischen Militärs für sich genommen, (also mit historischem Bewusstsein, aber ohne Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und die einmaligen Nazi-Verbrechen relativierend) ist völlig legitim und hat keineswegs, wie immer dahergelogen wird, den Reflex zur Folge, dass man „von Juden“ als „antisemitisch“ beschimpft wird. Auch das ist eine Projektion.

Es geht darum, zu analysieren, wie hier in Deutschland real auf der Straße geschichtsrevisionistische und antisemitische Slogans auch in der so genannten „gewerkschaftlichen Linken“ Fuß fassen. Es ist eine dokumentierte Tatsache, dass systematisch und ohne jegliches Schamgefühl auf den Demonstrationen Dezember 2008/ Januar 2009 die geschichtsrevisionistische Gleichsetzung der Politik Israels mit den Nazis, dem Holocaust (Siehe die Fotos von den aktuellen Demonstrationen), der Schulterchluss mit türkisch-reaktionären Organisationen und die inhaltlichen Parolen der Hamas, deren Anhänger massiv vertreten waren, einschließlich klar antisemitischer Hetz-Transparente („Juden = Tätervolk“), geduldet wurde. Die Teilnehmenden Gewerkschafter haben dies geduldet oder gar verständnisvoll respektiert,

Es geht darum, dass diese Plakate von sich selbst als „links“-gewerkschaftlich orientiert verstehenden Menschen teils unterstützt, teils „solidarisch“ kritisiert,

auf jeden Fall aber toleriert wurde.

Die nachfolgenden Fotos wurden keinesfalls mit kritischem Kommentar, sondern eher mit einem gewissen Stolz auf einer deutschen Homepage mit dem Namen „Arbeiterfotografie“ veröffentlicht. Es geht nicht um eine Stadt, sondern – das beweisen die Bilder – insbesondere der Geschichtsrevisionismus war sozusagen auf allen solchen Demonstrationen allgegenwärtig.

Ums so wichtiger ist es für uns in Deutschland als ein Ausgangspunkt selbstverständlichen demokratischen Bewusstseins zu verstehen, dass die ständigen agitatorischen Gleichsetzungen des NS-Regimes mit aktuellen politischen Tagesereignissen eine theoretisch unterfütterten (Historikerstreit – Ernst Nolte u.a.) und vorbereitete Verharmlosung des NS-Regimes darstellt.

Die geschichtliche Einmaligkeit eines staatlich umfassend organisierten und industrielle durchgeführten Völkermords vom Baby bis zum Greis – jeder, den die NS-Mörder fassen konnten -des deutschen NS-Systems in den Vernichtungslagern von Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Chelmo und Belzec an der jüdischen Bevölkerung Europa sowie den Sinti/Roma Europas ist eindeutig bewiesen.

Jede tagespolitische „Nutzung“ des Holocaust, der Shoah, als agitatorischer „Vergleich“ mit diesem oder jenem aktuellen Ereignis verbietet sich.

DAS ist eine Grenze – und diese Grenze wurde - in der Wirkung geschichtsrevisionistisch (und das aktuelle Problem - umlügen die Bombardierung des Gaza-Streifens instrumentalisierend) nicht vereinzelt, sondern systematisch überschritten.

* * *

Noch ein paar Worte zur Klarstellung.

Auf die pointierte Frage: Wer ist Schuld am Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in Deutschland? gibt es eine reaktionäre, nationalistische und primitive Antwort: Die Ausländer, die Türken, die Araber usw. sind schuld!

Wir kennen diese Melodie und ihre Verfasser genau. Vorurteile schüren, Nationalismus und Rassismus, eben Pauschalurteile verbreiten ist auch in diesen Frage eine Grenze, die nicht überschritten werden darf.

An dieser Stelle wäre es zudem genau hinzuschauen, wer bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Demonstrationen sowie bei der taktische Ausrichtung während der Demonstration, welche Schilder getragen werden sollten und welche Schilder dann doch (noch?) als „zu krass“ noch von Ordnern verhindert wurden, entscheidenden Anteil hatte.

Die nachfolgenden Fotos – ich wiederhole es – sind jedenfalls von deutschen „Aktivisten“ zustimmend und nicht nur dokumentierend ins Netz gestellt worden – wahrlich keine Dokumentation palästinensisch-israelischer Freundschaft von unten, an der zu arbeiten die einzige tragfähige Lösung ist.

März 2009

Morden und Massaker in Gaza und die DGB-Gewerkschaften schweigen! – Wie lange noch?

„Das Skandalöseste an den Ereignissen in Gaza ist, dass sie geschehen können, ohne dass etwas geschieht. Die Straflosigkeit Israels wird nicht in Frage gestellt. Die fortgesetzte Verletzung internationalen Rechts, der Genfer Konvention und der Mindeststandards an Menschlichkeit bleibt ohne Konsequenzen.“

Diese Feststellung in dem jüngst von überischen Schriftstellern, darunter dem portugiesischen Literaturnobelpreisträger José Saramago unterzeichneten Aufruf gegen den Krieg in Gaza, beschreibt eine traurige Realität auch hierzulande.

Die Bevölkerung in Israel hat ein Recht auf Sicherheit, aber nicht das Recht, den Weg dorthin mit palästinensischen Leichenbergen zu pflastern. Bundeskanzlerin Merkel hat den israelischen Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung jedoch gutgeheißen, indem sie völlig undifferenziert der Hamas die „alleinige und ausschließliche“ Schuld an den Kriegshandlungen der Israelis in Gaza gab. Das war grünes Licht für die Aggressoren.

Dass militärische Aktionen zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden müssen, ist ein Grundelement des humanitären Völkerrechts, das die israelische Kriegspolitik mit Füßen tritt. Dazu schweigt die Bundesregierung ebenso lautstark wie zum permanenten Verstoß gegen das in der Vierten Genfer Konvention formulierte strikte Verbot einer kollektiven Bestrafung, wie sie den Palästinensern fast täglich zuteil wird. Man sagt, man sei gegen den Terror der Hamas, in Wirklichkeit aber bekämpft man den Widerstand des gesamten palästinensischen Volkes. In dem von Mauer und Stacheldraht eingeschlossenen Westjordanland starben allein im Jahr 2008 45 Palästinenser durch israelische Angriffe, obwohl keine einzige Rakete von dort abgeschossen wurde.

Von einer Lösung des Nahost-Problems auf Grundlage der UNO-Resolutionen, die den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten - und damit auch aus dem Gaza - fordern, ist weder bei Frau Merkel noch Herrn Steinmeier die Rede. Vom international anerkannten Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, das dennoch vom israelischen Staat und vielen westlichen Staaten boykottiert und unterlaufen wird, wird offiziell geschwiegen. Lediglich vom Existenzrecht des Staates Israel redet man, obwohl es - wie jeder weiß - gerade durch die Ausweitung der gegenwärtigen Kampfhandlungen auf lange Sicht gefährdet wird.

Dass ein Frieden im Nahen Osten ebenso das Existenzrecht eines palästinensischen Staates voraussetzt, nämlich das Recht der Menschen in Palästina, frei von Staatsterrorismus, Gewalt und Unterdrückung, frei von Hunger, Elend und gezielten Tötungen ein menschenwürdiges Leben führen zu können - auch darüber wird geschwiegen. Und die deutschen Gewerkschaften schweigen mit.

Was sind die gegenwärtigen Kriegsursachen? Sie liegen mitnichten in den selbst gebastelten Qassam-Raketen der Hamas: Die Kriegsursachen liegen im 41-jährigen völkerrechtswidrigen Besat-

zungsregime der Israelis, in der jahrelangen Hunger-Blockade des Gazastreifens. Darüber schweigt die Bundesregierung. Nicht zuletzt deshalb, weil sie an der Einkesselung und Gettoisierung der Gaza-Palästinenser durch Beteiligung an der Sicherung der ägyptischen Grenze aktiv mitbeteiligt ist.

Wer wie die deutsche Bundesregierung einerseits behauptet, man müsse alles tun, um zivile Opfer zu vermeiden, andererseits aber Israel darin bestärkt, Verhandlungen mit der Hamas auszuschlagen, handelt heuchlerisch und trägt eine Mitverantwortung für die Beibehaltung der Gewaltspirale. Auch dazu schweigen DGB-Gewerkschaften.

Die gegenwärtigen Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung mit nahezu 1.000 Toten binnen zwei Wochen, die Bombardierungen einer auf engstem Raum zusammengepferchten Bevölkerung, die zu über 50% aus Kindern besteht und sich aufgrund der allseitigen Abriegelung des Gazastreifens den permanenten Angriffen durch Flucht gar nicht entziehen kann - all das ist eine zynische Verhöhnung des Rechts und schon aus Gründen der jeder/m offensichtlichen Unverhältnismäßigkeit nicht mit „Selbstverteidigung“ zu rechtfertigen.

„Wie jedes Volk unter rechts-widriger Besatzung haben auch die Palästinenser ein Recht auf Widerstand. Für eine rechtswidrige Besatzung gibt es aber kein Recht auf Verteidigung, sondern nur die Verpflichtung, die Besatzung vollständig aufzuheben“ formulierte der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech vor kurzem trefflich.

Man muss kein Freund der Hamas und ihres politischen Programms eines Scharia-Staates in Pa-

lästina sein, um einzusehen, dass die Weigerung Israels zu politischen Kontakten mit der Hamas nur dem Wunsch nach einer Verlängerung der Kampfhandlungen geschuldet ist. Um aber, die militärischen Exzesse zu stoppen und einer politischen Lösung der Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern den Weg zu ebnet, ist die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Hamas notwendig. Dabei muss die Hamas als gleichberechtigte Verhandlungspartnerin anerkannt werden, die ein Mandat hat, das ihr durch freie und demokratische Wahl erteilt wurde.

Es würde den DGB-Gewerkschaften gut zu Gesicht stehen, wenn sie ihr Schweigen zum Blutvergießen in Gaza brechen würden indem sie die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand der Kriegsparteien verbinden würden mit der Forderung nach einer gleichzeitigen permanenten Öffnung des Gazastreifens.

Worauf warten die Spitzen der DGB-Gewerkschaften noch? Auf Handreichungen aus dem Willi-Brandt-Haus? Die Zeit drängt. Es darf nicht noch mehr Blut vergossen werden! Allen ernsthaft am Frieden in der Welt Interessierten ist doch klar, dass jede weitere Eskalation im Nahen Osten, etwa durch eine Ausdehnung des Konflikts auf den Iran, brandgefährlich und nicht hinnehmbar ist. Die DGB-Gewerkschaften stehen deshalb in der Pflicht. Und es wäre längst an der Zeit, dass Gewerkschaftsmitglieder sich in diesen Fragen klar und eindeutig artikulieren. Die Leisetreterei muss endlich ein Ende haben!

Gerhard Walentowitz

Gegenauflärerisch

Zur Stellungnahme von Gerhard Walentowitz

In der Stellungnahme wird in einem Text mit dem Charakter eines Aufrufs, eines Appells an die „Spitzen der DGB-Gewerkschaften“ die Sichtweise des Autors über „Morden und Massaker in Gaza ...“, wiedergegeben.

Dabei werden als positive Bezugspunkte zwei Personen, benannt - der Dichter J. Saramago und das MdB der Linken N. Paech. Juristisch werden als Bezug die vierte Genfer Konvention und das Völkerrecht erwähnt. Der Text hat teilweise den Anspruch auf Ursachen und Schuld einzugehen.

Durch den Text wird auch eine politische Positionierung des Autors über seine Vorstellung der „Lösung“ des Konfliktes grundsätzlich und für den Augenblick formuliert. Dabei wird Position zur Hamas bezogen. Außerdem enthält der Text eine Einschätzung der Position A. Merkels und F. Steinmeiers sowie einen pointierten kritischen Hinweis auf die Abhängigkeit der Spitzen der DGB-Gewerkschaften vom „Willi-Brandt-Haus“.

Würde man den Text Satz für Satz vorlesen und nach jedem Satz fragen: „Stimmt das eigentlich, lässt sich das belegen?“ würde sich (bis auf den 12 und 13 Absatz, die im Konjunktiv oder in Frageform oder in allgemeiner Form formuliert sind) Satz für Satz nachweisen lassen, dass keine einzige der dort aufgestellten - manchmal in indirekter Form vorgetragenen - Behauptungen sich aufrechterhalten lässt. Sie sind falsch, enthalten „halbe Wahrheiten“ und vergrößern einzelne Erscheinungen zu angeblich allgemeinen Erscheinungen.

Durch den unsystematischen Aufbau des Textes würde jeder Versuch einer Punkt-für-Punkt-Widerlegung entlang der 13 Absätze zu einer konfusem Textansammlung führen, dem Durcheinander von Wichtigem und Unwichtigem des Autors des Aufrufs auf den Leim

gehen und könnte so nicht zu einer Klärung und Aufklärung beitragen. Das Problem vergrößert sich vor allem dadurch, dass die seriöse Widerlegung einer überaus urteilsfreudigen Tatsachenverfälschung in der Regel wesentlich mehr Raum einnimmt, als die Aneinanderreihung der falschen Behauptungen. Damit nicht genug: Kern einer Textanalyse ist sehr oft, insbesondere beim vorliegenden Text, welche - wesentlichen - Fragen *nicht* angeschnitten werden, obwohl sie angeschnitten werden müssten. Daher stellt sich die nachfolgende Kritik des Textes im Rahmen einer gewerkschaftlichen Publikation lediglich die Aufgabe, die strukturellen Grundfehler deutlich zu machen.

Drei grundlegende strukturelle Kritiken

1. Willkürliche Auswahl von „Kriegsursachen“ und geschichtsrevisionistische Begrenzung der geschichtlichen Ursachen des aktuellen Konflikts auf die israelischen Besetzungen 1967 (7. Absatz).

Jede ernsthafte Beschäftigung mit diesen heutigen Fragen, so die Genesis, muss die von der UNO beschlossene Resolution über die Gründung zweier Staaten - Israel und Palästina - als geschichtlichen Knotenpunkt begreifen, der selbst wiederum völlig unverstänlich bleiben muss, wenn nicht die Vorgeschichte des englischen Kolonialismus, der Kollaboration der arabischen, insbesondere auch palästinensischen Eliten mit dem NS-Regime, die Situation der jüdischen Flüchtlinge in und nach der NS-Zeit, die Besonderheiten der Gründung der UNO aus den Mitgliedern der Staat der Anti-Hitlerkoalition und der erste israelisch-arabische Krieg 1948 - der Überfall auf Israel nach dessen Gründung, die Aneig-

In eigener Sache

Der Bezirksvorstand hat am 17. 2. 09 mehrheitlich gegen meinen erklärten Willen beschlossen, den nebenstehenden Flugblatttext des Kollegen Walentowitz (verteilt auf der Römer-Demo v. 14. 01. 2009) in der FLZ abzuwickeln. Darin wird die Hamas als legitime politische Kraft vorgestellt und implizit die Auslöschung Israels als „Strafe“ für seine „Vergehen“ ins Visier genommen. Die Hamas steht zusätzlich zu ihrer islamistischen Ausrichtung eindeutig in der ideologischen Tradition des NS und drückt in Worten wie Taten unmissverständlich aus, dass es ihr um die Vollendung der nationalsozialistischen Judenvernichtung in ihrem Einflussgebiet geht. Auf dieses Flugblatt konnte es darum nur eine deutliche Antwort geben, die neben einer Erwidierung seitens des Kollegen Benjamin Ortmeyer u. a. eine Dokumentation über den aktuellen Stand des Judenbasses rund um das Thema Palästina beinhaltet.

Ernst Olbrich

Parolen der Palästina-Solidarität 2009



Antisemitismus
Bonn, 2. 1. 09



Geschichtsrevisionismus
Düsseldorf, 3. 1. 09

Alle Fotos (und dergleichen mehr) auf:
<http://www.arbeiterfotografie.com>

Fortsetzung / Gegenauflärerisch

nung großer Teile des für den palästinensischen Staat vorgesehenen Gebietes durch Jordanien usw. analysiert werden.

Auch die aktuelle These, dass die „selbst gebastelten Quassam Raketen“ (!!!), so der Text, „mitnichten“ Kriegsursachen seien (7. Absatz), ist falsch. Bei einer ernsthaften Analyse der Fülle von historischen und aktuellen Kriegsursachen im unmittelbaren Sinne spielen dieses mörderischen, ausschließlich gegen Zivilisten gerichteten Mordwerkzeuge nicht die einzige, sehr wohl aber eine bedeutende Rolle – ebenso wie die Serie der Hamas Anschläge gegen Zivilisten in Israel.

2. Die bagatellisierende Einschätzung der Hamas ist u.a. Ausdruck fehlender innerer Anteilnahme an der leidgeprüften palästinensischen Bevölkerung.

Der Kernfrage ist nicht, ob mit Organisationen wie Hamas verhandelt oder nicht verhandelt wird, sondern die Kernfrage ist, welchen Charakter diese Organisation hat. Die Feststellung „man muss kein Freund der Hamas“ sein (11. Absatz), nachdem ihr Ziel eines „Scharia-Staates“ benannt wurde, ignoriert bagatellisierend das zutiefst antisemitische Hetzprogramm (Charta) der Hamas, in dem zudem jegliche Verhandlungen prinzipiell abgelehnt und der „Islam“ (wie ihn die Hamas versteht) als Staatsreligion für „jeden Zentimeter“ von Palästina gefordert wird (und die Gründung Israels von Anfang an abgelehnt wird). Der behauptete „Widerstand des gesamten palästinensischen Widerstands“ (4. Absatz) sieht nicht den innerpalästinensischen Terror der Hamas oder will ihn nicht sehen. Die Gefängnisse der Hamas sind voll von Fatah-Mitgliedern, die Liste der von der

Hamas ermordeten und „hingelichteten“ Mitglieder anderer palästinensischer Organisationen ist lang. Hier kann es nicht den Funken einer Solidarität geben.

3. Die Darstellung der Haltung von Regierung und Medien zum Gaza-Konflikt in Deutschland hält keinerlei Prüfung stand und übergeht zudem die Ausnutzung des Gaza-Konflikts zur Schürung von Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus in Gewerkschaften und „auf der Straße“.

Die Analyse der bundesrepublikanischen Politik und Wirtschaftspolitik gegenüber Israel und im arabischen Raum zeigt, dass aus nahe liegenden imperialen Gründen sowohl öffentlich als auch ohne Medien „beide Seiten“ im Nahost-Konflikt – auch militärisch – „unterstützt“ werden. Noch gewichtiger als die unwahre Behauptung einer angeblich „einseitigen“ Unterstützung Israels ist jedoch zu analysieren, wie real auf der Straße geschichtsrevisionistische und antisemitische Slogans auch in der so genannten „gewerkschaftlichen Linken“ Fuß fassen. Es ist eine dokumentierte Tatsache, dass ohne jegliches Schamgefühl auf den Demonstrationen Dezember 2008/ Januar 2009 die Gleichsetzung der Politik Israels mit den Nazis, dem Holocaust (Siehe die Fotos von den aktuellen Demonstrationen), der Schulterchluss mit türkisch-reaktionären Organisationen und die inhaltlichen Parolen der Hamas, deren Anhänger massiv vertreten waren, einschließlich klar antisemitischer Hetz-Transparente, geduldet wurden.

Fazit:
Stil und Inhalt des Aufrufes sind gegenauflärerisch.

Benjamin Ortmeier

Nazi-Terror gegen DGB-Bus

Von rund 11.000 im Jahr 2007 auf 14.000 in 2008 ist die Zahl der registrierten rechtsextremen Straftaten gestiegen, das ergab die Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (*Die Linke*) im Bundestag. Bei den 753 rechten Gewalttaten wurden 2008 mit 773 Personen erheblich mehr Menschen als 2007 (600) verletzt. Die anwachsende rechte Gefahr erfuhren die Passagiere eines am 15. 02. 2009 von

einer Anti-Nazi-Demo in Dresden zurückkehrenden Busses des DGB Nordhessen am eigenen Leib, als sie von Neo-Nazis bei einer Pause auf einer Autobahnraststätte angegriffen wurden. Die blutige Bilanz der Attacke: Sieben verletzte Kollegen, darunter ein Schwerverletzter, der mit einem Schädelbruch in die Klinik eingeliefert werden musste. Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, forderte Innenminister Bouffier auf, endlich Taten gegen die rechtsex-

treme Gefahr sprechen zu lassen und ein Verbot der NPD und ihr nahe stehender Organisationen einzuleiten. Stefan Körzell: „Wer jetzt immer noch von der Harmlosigkeit der NPD und deren Sympathisanten redet, macht sich nicht nur moralisch, sondern auch juristisch strafbar. Wer sich weiterhin gegen das Verbot sperrt, nimmt schwere Körperverletzung, Angriff auf Leib und Leben, bis hin zum Mord, in Kauf.“

Ernst Olbrich.

Aktion des ASTA der Goethe Universität zum 27. 01. 09

2008 führte die GEW Hessen gemeinsam mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Hessens und dem Landesverband Hessen der deutschen Sinti und Roma eine Plakataktion an allen Schulen zur Erinnerung an die Befreiung Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 durch. Dieses Jahr setzten der ASTA der Goethe-Universität und die Fachschaft Erziehungswissenschaften mit 14 Plakaten aus der Geschichte des Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau auf der Hauptwache ein Zeichen der Erinnerung und dokumentierten die Kommentare der Passanten.

Die Plakatsammlung wurde auch auf dem Westendcampus, vor dem KOZ, vor dem AFE-Turm und vor dem JUZ Bockenheim, dem von Jugendlichen besetzten besetzten Haus, gezeigt.

Die Aktion richtete sich auch gegen jene Form von Politik, die mit unsäglichen und geschichtsrevisionistischen Vergleichen Auschwitz nutzen will, um diese oder jene tagespolitische Position zu in-

ternationalen Ereignissen zu instrumentalisieren und so an diesem Tag vom Gedenken an die Verfolgten und Ermordeten abzulenken.

Aus der Presseerklärung des ASTA:

„Der ASTA und der Fachschaftsrat Erziehungswissenschaften erinnern anlässlich des heutigen Jahrestages der Befreiung der Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee 1945 mit einer Plakataktion an der Hauptwache an die Verbrechen des Nationalsozialismus.“

Zwischen 13 und 14 Uhr legten sie mit Hilfe von weiteren Studierenden Plakate mit Bildern aus den Vernichtungslagern in Auschwitz in der Fußgängerzone vor der Galeria Kaufhof aus. Die Reaktionen der Passantinnen auf die Aktion wurden mit Videokameras aufgezeichnet. Mit einigen Passantinnen kamen die Studierenden ins Gespräch.

„Dieser wichtige Gedenktag wird unserer Meinung nach nicht richtig ernst genommen. Viele Menschen scheinen sich beim Gedenken nur auf die offiziellen Gedenk-

feiern zu verlassen und vergessen so allmählich den eigentlichen Anlass dieses Tages. Die heute geführten Gespräche mit den Passantinnen unterstreichen diesen Eindruck“, urteilt die ASTA-Vorsitzende Nadia Sergan.

„Der Holocaust und die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen dürfen nicht aus dem historischen Gedächtnis entfernt werden. Sie müssen in der aktiven Auseinandersetzung verarbeitet werden und dadurch als historisches Ereignis zum Ausgangspunkt jeglicher Bildung und Aufklärung genommen werden“, so eine Vertreterin des Fachschaftsrates Erziehungswissenschaften.“

Es ist ein unverzichtbares Anliegen, dass die GEW nicht nachlässig – auch in der Konfrontation mit der eigenen Geschichte – mit ihren Mitteln an den staatlich organisierten und industriell durchgeführten Massenmord an den europäischen Juden und den Sinti und Roma zu erinnern und die Vorge-schichte, Geschichte und Nachgeburt des NS-Regimes in all seinen Facetten mit aufklärerischen Aktivitäten in Erinnerung zu halten
Benjamin Ortmeier

Auszüge aus der so genannten „Charta“ der Hamas

„Artikel 6:
Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine eigenständige palästinensische Bewegung, (...), die dafür kämpft, dass das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird. (...)

Artikel 7:
Der Prophet – Andacht und Frieden Allahs sei mit ihm, – erklärte: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn! (...)

Artikel 13:
Ansätze zum Frieden, die sogenannten friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästinafrage stehen sämtlich im Widerspruch zu den Auffassungen der Islamischen Widerstandsbewegung. Denn auf irgendeinen Teil Palästi-

na zu verzichten bedeutet, auf einen Teil der Religion zu verzichten;

Artikel 22:
Die Feinde häuften (...) einen riesigen und einflussreichen materiellen Wohlstand an, der sie in die Lage versetzte, ihren Traum umzusetzen. Dieser Reichtum erlaubte es ihnen, die Kontrolle über die Weltmedien wie zum Beispiel Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Verlagshäuser, TV-Sender und weitere Dinge dieser Art zu übernehmen. Sie nutzten diesen Reichtum ebenfalls aus, um Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt anzustacheln, um ihre Interessen zu realisieren und die Früchte zu ernten. Sie standen hinter der Französischen Revolution und hinter den kommunistischen Revolutionen und den meisten Revolutionen, von denen man hier und da hört. (...) Sie nutzten das Geld ebenfalls dazu, die Macht über die imperialistischen Länder zu gewinnen und sie dazu zu bringen, viele Länder zu kolonisieren, (...).“

Parolen der Palästina-Solidarität 2009



Gräuelpropaganda Düsseldorf, 3. 1. 09



Antisemitismus: Martin Hohmann lässt grüßen ...! Köln, 17. 1. 09

Kontakt: BOrtmeyer@t-online.de